

JUBU-Artikelserie

// Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets oder Jugendbudgets? //

Carsten Herzberg

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



Robert Bosch
Stiftung



Landespräventionsrat
Brandenburg



Landeshauptstadt
Potsdam

Impressum

Autor: Carsten Herzberg

Jahr 2022

Zitiervorschlag

Herzberg, Carsten (2022), Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets oder Jugendbudgets?, in: Herzberg, Carsten/Ringler, Dominik (Hg.), Hier entscheiden junge Menschen! Bürgerbudgets, Kinder- und Jugendbudgets und Schüler*innenHaushalte, Potsdam: mitMachen e.V., S. 21 – 26.

mitMachen e. V.

Benkertstr. 34

14467 Potsdam

✉ kontakt@jugend-budget.de

📞 0331.231 49 270

🌐 www.jugend-budget.de

Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets oder Jugendbudgets?

Carsten Herzberg

In unserem JUBU-Projekt fragen uns Mitarbeiter*innen von Kommunen und aus der Jugendarbeit regelmäßig, was besser sei: eine Jugendbeteiligung beim Bürgerbudget oder ein Jugendbudget? Die Antwort ist auf den ersten Blick ganz einfach: Beide Verfahren stehen in keinem Widerspruch zueinander. Im Gegenteil, sie ergänzen sich äußerst gut. Allerdings kann es Sinn ergeben, mit dem einen oder dem anderen Verfahren zu beginnen, was in diesem Beitrag erläutert werden soll.

Um die Ansatzpunkte für eine Jugendbeteiligung beider Verfahren besser zu verstehen, werden zunächst die organisatorischen Hintergründe von Bürgerbudgets und Jugendbudgets in Brandenburg beleuchtet, bevor im zweiten Abschnitt die jeweiligen pädagogischen Ziele vorgestellt werden. Der dritte Abschnitt nimmt daraufhin eine vertiefende Betrachtung des JUBU-Ansatzes der Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets vor. Im Fazit werden die Ergebnisse zusammengefasst und es werden Empfehlungen formuliert, wann ein Einstieg in das jeweilige Verfahren sinnvoll sein kann.

Die Entstehung neuer fondsbasierter Verfahren

In den letzten Jahren haben sich die Bürgerhaushalte in Deutschland verändert: Aus rein konsultativen Verfahren wurden verbindliche Abstimmungen über ein zuvor festgelegtes Budget. Konsultativ heißt, dass die Abstimmungen zuvor nur einen empfehlenden Charakter hatten. Sie dienten dazu, eine Liste mit priorisierten Vorschlägen zu erstellen. Es war dann die Gemeindevertretung bzw. Stadtverordnetenversammlung, die über die Umsetzung einzelner Vorschläge entschied.

Die Praxis zeigte jedoch, dass ohne reservierten Betrag oft das Geld für die Umsetzung der Vorschläge fehlte. Oder aber die Umsetzung erfolgte sehr unkonkret: Wenn z. B. der Bau eines bestimmten Radwegs vorgeschlagen wurde, wurde darauf verwiesen, dass die Stadt allgemein Gelder für den Radverkehr ausgibt. Vielen Einwohner*innen war somit die Wirkung ihrer Beteiligung unklar (Herzberg et al. 2020). Die Zahl der Bürgerhaushalte ging als Folge zurück (Vorwerk 2018).

Vor zehn Jahren begann sich die Situation zu ändern: In immer mehr Kommunen konnten Einwohner*innen verbindlich abstimmen. Das Land Brandenburg wurde dabei zum bundesweiten Vorreiter (JUBU 2020). 35 Prozent der Menschen leben hier in einer Kommune mit einem Bürgerbudget, insgesamt gibt es 46 Beispiele (2022). Die Verfahren richten sich in der

Außenkommunikation oft an Erwachsene. Junge Menschen wissen deshalb oft nichts von dieser Beteiligungsmöglichkeit, obwohl eine Teilnahme – je nach Ort – ab 12, 14 oder 16 Jahren möglich ist. Durch das Projekt „JUBU – Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets“ soll dies geändert werden. Es werden Formate für Schule und Offene Jugendarbeit erarbeitet, die Trägern der Jugendarbeit zur eigenen Anwendung zur Verfügung gestellt werden.

Bei den Jugendbudgets ist die Beteiligung hingegen ausschließlich für junge Menschen vorgesehen. Oft ist dies schon ab dem Grundschulalter möglich und endet mit 26 oder 27 Jahren. Es handelt sich also um einen geschützten Raum für junge Menschen.

Die Organisationsweise ist recht unterschiedlich: Oft stellt die Kommune einen Betrag zur Verfügung. Eine andere Möglichkeit ist, dass ein Träger selbst Gelder bei einer Förderinstitution beantragt. Dies ist in Nuthetal der Fall, wo der Brücke e. V. eine Unterstützung von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung erhält. Eine dritte Finanzierungsquelle stellt das Programm Demokratie leben! dar. Für sogenannte lokale Partnerschaften für Demokratie werden Jugendbudgets empfohlen, wofür „Du hast den Hut auf“ ein Beispiel ist (siehe Interview mit Nora Görisch in diesem Band). Eine eigene Gruppe stellen Jugendgremien dar, die über ein ausreichend großes Projektbudget verfügen (siehe auch Karte S. 39).

Pädagogische Ziele von Jugendbudgets und Bürgerbudgets

Nachfolgend werden die Unterschiede von Bürgerbudgets und Jugendbudgets beschrieben (siehe auch beistehende Tabelle). Das heißt, wir zeigen die jeweils vorherrschenden Vorgehensweisen auf, wohl wissend, dass jede Kommune ihre eigenen Regeln hat und Abweichungen bestehen können. Bei der folgenden Beschreibung der Unterschiede handelt es sich somit um Trends und nicht um starre Festsetzungen.

So besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen beiden Verfahren darin, dass viele Jugendbudgets darauf setzen, dass junge Menschen ihr eigenes Vorhaben planen, durchführen und umsetzen. Sie sind also aufgefordert, sich mit anderen zusammenzutun und ein Vorhaben auszudenken, das sie selbst bauen oder organisieren möchten. Sie müssen daher einen Finanzplan erstellen und auch klären, wer die erhaltenen Mittel verwaltet und abrechnet. Es ist also das „eigene Projekt“, das hier im Vordergrund steht. Ein Vorhaben kann in der Regel 1.000 Euro oder manchmal 2.000 Euro kosten.

Bei den Bürgerbudgets ist es so, dass auf jeden Fall auch die Verwaltung mit der Durchführung beauftragt werden kann. In manchen Kommunen dürfen die Einreicher*innen die Vorschläge auch gar nicht selbst umsetzen. Die Beträge für den Einzelvorschlag sind hier meistens

höher: Sie können je nach Ort 5.000 Euro, 10.000 Euro, 15.000 Euro oder gar 50.000 Euro umfassen. Bürgerbudgets verstehen sich allerdings als Teil eines von der Verwaltung organisierten und von den Gemeindevertreter*innen kontrollierten Prozesses, es geht hier auch um das Kennenlernen der Funktionsweise der lokalen Demokratie. Junge Menschen sind herausgefordert, sich in einem „Prozess der Erwachsenenwelt“ Gehör zu verschaffen.

Eine Beteiligung bei der Umsetzung, z. B. bei der Planung, ist allerdings bei Bürgerbudgets ebenso wünschenswert, z. B. zu der Frage, wo ein Jugendpavillon als neuer Treffpunkt entstehen soll. In manchen Kommunen ist es darüber hinaus möglich, dass wie bei Jugendbudgets die Vorschläge von den Einreicher*innen selbst umgesetzt werden.

Ein weiterer tendenzieller Unterschied zwischen beiden Verfahren besteht darin, dass bei Jugendbudgets die Jury-Methode zur Auswahl von Vorschlägen häufiger verbreitet ist. Junge Menschen sind dann zwar in der Jury vertreten, aber es handelt sich um keine offene Abstimmung, an der alle teilnehmen können. Die Entscheidung wird hier anhand bestimmter Kriterien getroffen, wie z. B. des Gemeinnutzens, sozialen Ausgleichs etc. Bei manchen Bürgerbudgets, wie z. B. in Potsdam, sind aber Jurys ebenso zu finden.

Letztlich kann argumentiert werden, dass bei Jugendbudgets ein Scheitern des eigenen Vorschlags besser aufgefangen werden kann. Denn: Wenn der eigene Vorschlag keine Finanzierung erhält, dann ist es eine andere von jungen Menschen eingereichte Idee. Bisher ist es auch so, dass bei vielen Jugendbudgets derzeit der „Andrang“ an Vorschlägen noch nicht so hoch ist wie bei vielen Bürgerbudgets. Damit steigen die Chancen, dass der eigene Vorschlag eine Finanzierung erhält.

	Jugendbudgets	Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets
Altersgruppen	Ausschließlich Kinder- und Jugendliche	Für alle Altersgruppen offen, Teilnahme oft ab 12, 14 oder 16 Jahren möglich
Pädagogischer Fokus	Entwicklung und Durchführung eines eigenen Vorhabens in der Gruppe mit eigener Finanzplanung	Erleben des Funktionierens der (lokalen) Demokratie und Stärkung demokratischer Handlungskompetenzen
Kostenobergrenzen für einzelne Vorschläge	Je nach Ort 500 Euro, 1.000 Euro, 2.000 Euro, selten mehr	Je nach Ort 5.000 Euro, 10.000 Euro, 15.000 Euro oder mehr
Entscheidung durch Abstimmung oder Jury	Allgemeine Abstimmung und Jury-Entscheidung sind vertreten	Allgemeine Abstimmung aller Einwohner*innen überwiegt
Risiko des „Scheiterns“	Begrenzung: Wenn der eigene Vorschlag nicht durchkommt, werden andere Jugendvorschläge finanziert	Ist variabel, hängt von den jeweiligen Bedingungen ab

Tabelle: Unterschiede zwischen Jugendbudgets und Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets

Der Zyklus einer Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets

Ein Argument für Bürgerbudgets ist, dass hier die Funktionsweise der (lokalen) Demokratie erlebt werden kann. Dies basiert auf dem von Harold Dwight Lasswell (1956) entwickelten „policy cycle“, mit dem in der Politikwissenschaft Entscheidungsprozesse in der Demokratie erklärt werden (siehe Kasten). Das JUBU-Projekt hat für seine pädagogische Arbeit dieses Modell in einen Zyklus der Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets mit den nachfolgend beschriebenen Etappen übertragen.

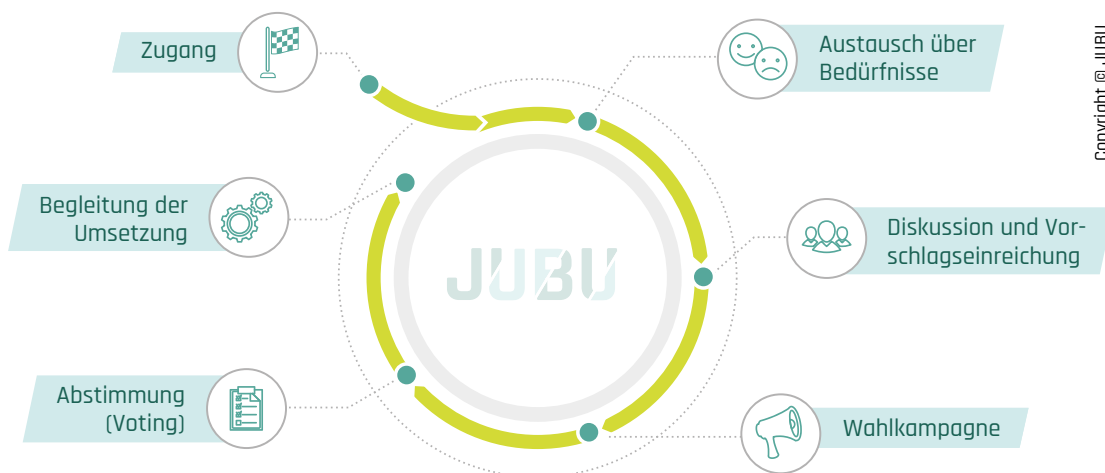


Abb.: Demokratischer Zyklus für Beteiligung bei Bürgerbudgets

Nachdem ein Zugang zu einer Schulkasse bzw. Jugendgruppe gefunden ist, stellt ein „Austausch über Bedürfnisse“ ein wichtiges Moment der Ideensammlung dar. Gerne arbeiten wir hier mit Landkarten, in denen die Teilnehmenden ihre Lieblingsorte eintragen können. Über einen Austausch der Lieblingsorte und weniger geliebten Orte können Probleme mit der Infrastruktur oder andere Bedarfe sichtbar werden. Bei Lasswell entspricht dies in etwa der Phase der Problemdefinition. Bei der anschließenden „Diskussion und Auswahl“ der Vorschläge erfolgt eine Art Agenda Setting: Die Gruppe einigt sich, welche ihrer Ideen sie zu einem Vorschlag ausarbeiten und schließlich für die Abstimmung einreichen möchte. Hierzu sind Gespräche mit der Verwaltung über die örtlichen Zulassungskriterien von Vorschlägen (Kostenrahmen, kommunale Zuständigkeit etc.) vorgesehen. Die jungen Menschen erarbeiten daraufhin – wie Parteien bei einer Wahl – eine eigene „Werbekampagne“ für ihren Vorschlag. Die Abstimmung steht anschließend für die Politikformulierung. Bekommt das Projekt eine Finanzierung, geht es in die Begleitung der Umsetzung. Die Evaluation entscheidet dann über eine Teilnahme am Bürgerbudget im nächsten Jahr.

Bei JUBU findet sich dieser Zyklus im Schulformat bzw. Planspiel „Bürgerbudget“ wieder (siehe Interview mit Julia Zimmermann) und auch bei der Offenen Jugendarbeit und dem hierfür entwickelten Format „Vorschlags-Expedition“ (siehe Interview mit Martina Rumpel).

Methodenkasten

Der policy cycle bei Lasswell - Grundlage für politische Bildung bei Bürgerbudgets

Bei dem in den 1950er Jahren von Harold Dwight Lasswell (1956) entwickelten „policy cycle“ handelt es sich um ein Kreismodell. Das Modell wird in der Politikwissenschaft genutzt, um Entscheidungsprozesse in der Demokratie zu veranschaulichen. Es enthält die nachfolgend beschriebenen sechs Etappen, die im JUBU-Projekt ein Ausgangspunkt für den Zyklus der Beteiligung am Bürgerbudget sind.

- 1) Problemformulierung: Ein politisches Problem wird erkannt, üblicherweise von Interessengruppen an die Politik, Parteien und darüber in die Parlamente getragen.
- 2) Agenda Setting: Das Problem wird auf die politische Tagesordnung gesetzt, z. B. zur Abstimmung in der Gemeindevertretung bzw. Stadtverordnetenversammlung. Das Agenda Setting erfolgt auch durch Druck sozialer Bewegungen, deren Aufgabe es ist, neue Fragen und Lösungsvorschläge zu präsentieren.
- 3) Politikformulierung: Es werden Entscheidungen über konkrete Maßnahmen zur Lösung des Problems getroffen. Das heißt z. B., ein Antrag wird im Parlament angenommen oder abgelehnt.
- 4) Implementation: Es geht um die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen, in der Regel durch Ministerien bzw. Verwaltungen.
- 5) Evaluierung: Die durchgeführte Umsetzung wird geprüft und hinsichtlich ihres Erfolges bewertet.
- 6) Terminierung: Die Maßnahme kann nach der Evaluierung beendet oder fortgesetzt werden. Auch kann es zu einer Re-Formulierung des Ausgangsproblems kommen, um neue Maßnahmen vorzuschlagen. Der Zyklus beginnt in diesem Fall von neuem.

Fazit

Die Frage, ob eine Beteiligung junger Menschen beim Bürgerbudget oder Jugendbudget anfangen sollte, hängt zum einen von den pädagogischen Zielen ab: Möchte ich junge Menschen motivieren, gemeinsam eigene Vorhaben umzusetzen, kann ein Jugendfonds eine gute Finanzierungsquelle sein. Der Aspekt des demokratischen Lernens fokussiert sich hier vor allem auf die Zusammenarbeit in einer (Projekt-)Gruppe. Bei Bürgerbudgets dient eine Beteiligung im Rahmen des demokratischen Zyklus dazu, das Funktionieren der (lokalen) Demokratie und ihrer Institutionen kennenzulernen. Die Hoffnung ist, dass Praktiken, die hier einmal eingeübt worden sind, später auch für politisches Engagement in anderen Bereichen genutzt werden können. Auf der anderen Seite können aber auch ganz pragmatische Erwägungen entscheidend sein: Wenn bereits ein Bürgerbudget existiert, könnte dies genutzt werden, ohne dass ein zusätzlicher Prozess etabliert werden muss. Und umgekehrt kann ein Jugendbudget der Ausgangspunkt für eine Beteiligung aller Altersgruppen sein.

Grundsätzlich ist es so, dass sich beide Prozesse gegenseitig stärken können. So gibt es in Eberswalde und Nuthetal beide Verfahren, die sich gut ergänzen. Vor diesem Hintergrund ist von daher nicht die Frage nach einem Jugendbudget oder Bürgerbudget zu stellen, sondern eher, wo zuerst zu beginnen ist. Beim Nachdenken über diese Fragen bieten wir uns bei JUBU gerne als „Sparringspartner“ an und entwickeln mit Ihnen gute Lösungen.

Über den Autor

Carsten Herzberg, Dr., ist Politikwissenschaftler und leitet als Referent für Demokratie und Gemeinwesen beim mitMachen e. V. das Projekt „JUBU – Jugendbeteiligung bei Bürgerbudgets“.

Literatur

- JUBU (2020), Studie Bürgerbudgets in Brandenburg – Perspektiven für Jugendbeteiligung, Potsdam.
- Herzberg, Carsten/Sintomer, Yves/Röcke, Anja (2020), Bürgerhaushalte, in: Reichard, Christoph/Veit, Sylvia/Wewer, Göttrik (Hg.), Handbuch zur Verwaltungsreform, Wiesbaden, S. 495 – 507.
- Lasswell, Harold Dwight (1956), The decision process: Seven categories of functional analysis, Bureau of Government, College of Business and Public Administration, University of Maryland.
- Vorwerk, Volker (2018): Bürgerbudget – Der erfolgreichere Bürgerhaushalt, 20 Jahre partizipative Haushaltsplanung, in Städtetag aktuell, Nr. 6/2018, S. 8 f.